

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Niklaus Hari, Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidgenössisches
Volkswirtschaftsdepartement
Bundesamt für Veterinärwesen
3003 Bern

7. November 2006

**Totalrevision der Tierschutzverordnung
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme und macht davon gerne Gebrauch.

1. Allgemeine Bemerkungen

Vielen Landwirten ist es infolge des grossen Preisdrucks (WTO, EU, Grossverteiler etc.) nicht möglich, ihre Ställe während der ordentlichen Abschreibungsdauer abzuschreiben. In der Praxis werden die Ställe deshalb häufig länger genutzt. Wegen der Erhöhung der minimalen Bodenfläche pro Tier ist es zudem für Landwirtschaftsbetriebe, die im Dorfkern liegen, schwierig oder unmöglich, zusätzliche Ställe zu erstellen. Andernfalls müssten sie ihren Tierbestand reduzieren und den Erwerbsausfall anderweitig kompensieren. Aus diesen Gründen erachtet die EVP die Übergangsfristen bei neuen Vorschriften, die grössere bauliche Änderungen nach sich ziehen, als zu kurz.

2. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Art. 29 Liegebereich

Die EVP fordert, dass die Übergangsfrist für Art. 29 Absatz 2 von 10 auf 15 Jahre erhöht wird.

Art. 31 Laufställe

Die EVP fordert, dass die Übergangsfrist für Art. 31 Absatz 3 von 5 auf 10 Jahre erhöht wird.

Art. 32 Weidehaltung im Gehege und Schutz vor Hitze

In Artikel 32 Absatz 1 wird festgehalten, dass für Tiere, welche über längere Zeit auf der Weide gehalten und nicht eingestallt werden, ein natürlicher oder künstlicher Witterungsschutz

vorhanden sein muss, welcher allen Tieren gleichzeitig Platz und Schutz vor Nässe, Wind und starker Sonneneinstrahlung bietet. Wir können uns mit diesen Bestimmungen nur dann einverstanden erklären, wenn Bäume, Felsvorsprünge usw. als genügender natürlicher Witterungsschutz anerkannt werden. Ansonsten würde die Sömmierung von Rindern, Schafen und Ziegen verunmöglicht. Problematisch ist dabei insbesondere auch die Vorschrift, dass ein trockener Liegeplatz vorhanden sein muss. Dies kann auf Alpen oder auch unter Bäumen bei starken Regenfällen vorübergehend nicht gewährleistet werden. Zu beachten sind die Vorschriften des Raumplanungsrechts, welche die Erfüllung der Vorgaben in vielen Fällen gar nicht zulassen würden. Für diese Fälle ist der Artikel entsprechend zu präzisieren.

Art. 32 Weidehaltung im Gehege und Schutz vor Hitze

¹ Rindvieh oder Wasserbüffel dürfen nicht über längere Zeit extremer Witterung schutzlos ausgesetzt sein. Sofern die Tiere unter solchen Bedingungen nicht eingestallt werden, muss ihnen im Gehege ein geeigneter natürlicher oder künstlicher Schutz zur Verfügung stehen, der allen Tieren gleichzeitig Platz und Schutz vor Nässe und Wind sowie starker Sonneneinstrahlung bietet. **Von kurzen Perioden abgesehen** muss ein trockener Liegeplatz vorhanden sein.

Art. 36 Stallböden und Liegeflächen

Die EVP fordert, dass die Übergangsfrist für Art. 36 Abs. 1 (Nichtperforierter Liegebereich für Schweine) von 10 auf 15 Jahre erhöht wird.

Art. 215 Landwirtschaftliche Tierhaltungen

Gemäss Absatz 1 Buchstabe a sollen landwirtschaftliche Tierhaltungen mindestens alle vier Jahre kontrolliert werden. Es genügt nicht, wenn in Absatz 2 festgelegt wird, dass diese Kontrollen „soweit wie möglich“ mit den vorgeschriebenen Kontrollen für die Direktzahlungsbestimmungen koordiniert werden sollen. Um zusätzliche Kontrollen zu vermeiden, müssen die Kontrollen gleichzeitig stattfinden.

Nachkontrollen gemäss Absatz 1 Buchstabe c sollen nur dann erfolgen, wenn im Vorjahr wesentliche Mängel, welche zu Sanktionen geführt haben, festgestellt wurden.

Bagatelvergehen dürfen nicht zu jährlichen Nachkontrollen führen.

Wir schlagen ausserdem vor, Absatz 2 so zu ergänzen, dass Kontrollen durch akkreditierte Inspektionsstellen gemäss Absatz 4, welchen sich die Landwirte im Rahmen freiwilliger Qualitätsmanagementprogramme für Fleisch, Milch und Eier (QM Schweizer Fleisch, Label) unterstellen, anerkannt werden. Das BVET soll mit den Betreibern der QM-Programme die Prüfkriterien festlegen.

Art. 215 Landwirtschaftliche Tierhaltungen

¹ Die kantonale Fachstelle veranlasst, dass Tierhaltungen, in denen landwirtschaftliche Haustiere wie Rindvieh, domestizierte Wasserbüffel, Lamas, Alpakas, Pferde, Schweine, Ziegen, Schafe, Kaninchen und Geflügel gehalten werden, wie folgt kontrolliert werden:

- a. mindestens alle vier Jahre;
- b. zusätzlich zwei Prozent der Betriebe pro Jahr, risikobasiert oder nach dem Zufallsprinzip ausgewählt; und
- c. die Tierhaltungen, in denen bei den Kontrollen im Vorjahr **wesentliche** Mängel festgestellt wurden.

² Die Kontrollen **sind koordiniert** mit den nach der Direktzahlungsverordnung vom 7. Dezember 1998 vorgeschriebenen Kontrollen **und soweit als möglich mit jenen der privaten Qualitätsmanagementprogramme** durchzuführen.

³ Die kantonale Fachstelle erstellt jährlich nach Vorgabe des BVET einen Bericht über ihre Kontrolltätigkeit und über die verfügbaren Massnahmen.

⁴ Verwaltungsfremde Inspektionsstellen dürfen nur dann mit Kontrollen beauftragt werden, wenn diese von der Schweizerischen Akkreditierungsstelle nach ISO/IEC 17020 für den betreffenden Geltungsbereich akkreditiert worden sind.

Anhang 1 (Art. 8) Tabelle 11 Rindvieh, Ziffer 311

Die EVP fordert, dass die Bodenfläche bei voll perforierten Böden nur um 20% statt um 40% erhöht und die Übergangsfrist von 10 auf 15 Jahre erhöht wird.

Begründung zum Flächenangebot: Eine lineare Erhöhung des Flächenangebots um 40% bei allen Tiergewichten lässt sich aus dem zitierten Versuch des Zentrums für tiergerechte Haltung des BVET nicht ableiten. Dazu war die Abstufung des Flächenangebots im Versuch zu grob gewählt und die vorliegenden Ergebnisse sind nicht in diesem Ausmass belastbar.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär
Joel Blunier